

Kreisblatt für den Kreis Gießen.

Nr. 151

23. November

1916

Bekanntmachung.

Betr.: Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl; hier das Hinterhorn.

Mit Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 7. Oktober 1916 (Kreisblatt Nr. 124 vom 10. Oktober 1916) wird bestimmt, daß der Verkaufspreis des von den Landwirten ablieferungspflichtigen Hinterhorns genau wie im Vorjahre 18 M. für den Doppelzentner frei Wagon der nächstgelegenen Güterstelle beträgt. Vom 1. April 1917 ab ermäßigt sich dieser Betrag auf 16.50 M.

Die Entscheidung, wie das gesammelte Hinterhorn zu verwenden ist, steht lediglich der Reichsgetreidekasse in Berlin zu. Die Großh. Bürgermeistereien werden hiermit wiederholt veranlaßt, alsbald in ihren Gemeinden festzustellen, wieviel Hinterhorn bei den einzelnen Getreidebesitzern gewonnen worden ist und die Ermittlungen in übersichtlicher Form mit Bericht vorzulegen. Verfallsfrist 14 Tage.

Gießen, den 20. November 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Winaer.

Betr.: Die Ausstellung von Wandergewerbescheinen.

An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises und das Großh. Polizeiamt Gießen.

Da nach § 60 der Gewerbeordnung die Wandergewerbescheine für die Dauer des Kalenderjahres zu erteilen sind, wollen Sie alle Personen, welche den Gewerbebetrieb im Jahre 1917 fortsetzen oder zu beginnen beabsichtigen, durch wiederholte ortsbliche Bekanntmachung auffordern, ihre Anträge auf Erteilung eines Wandergewerbescheines jetzt schon, und zwar so zeitig zu stellen, daß sie zu Anfang des nächsten Jahres im Besitze der Scheine sein können. Die eingehenden Anträge sind uns unter Benützung des vorgeschriebenen Formulars, auf welchem am Kopfe das Jahr, für welches der Schein begehrt wird, anzugeben ist, baldmöglichst vorzulegen.

Alle, schon gebrauchte Wandergewerbescheine sind nicht mit vorzulegen.

Die Beantwortung der gestellten Fragen ist von Ihnen so eingehend zu vollziehen, daß Rückfragen und damit Verzögerungen in der Ausstellung vermieden werden. Eine Beantwortung wie „unbekannt“ hat zu unterbleiben, es sind vielmehr die erforderlichen Ermittlungen von Ihnen vorzunehmen.

Zur Vornahme von Anträgen von Druckschriften ist ein Verzeichnis derselben in doppelter Ausfertigung beizulegen.

Nach der Bekanntmachung des Reichsanzeigers vom 4. März 1912 — Reichsgesetzblatt Seite 189 ff. — in die Wandergewerbescheine eine Photographie des Inhabers einzufügen. Wir verweisen auf unser Ausschreiben vom 12. Oktober 1912 (Kreisblatt Nr. 80). Die Photographie ist in Visitenkartenformat maßstabsgerecht bei Stellung des Antrags auf Ausstellung eines Wandergewerbescheines beizubringen. Sie muß ähnlich und gut erkennbar sein, eine Kopfgröße von mindestens 1,5 Zentimeter haben und darf in der Regel nicht älter als fünf Jahre sein. Sie ist zu erneuern, wenn in dem Aussehen des Gewerbetreibenden eine wesentliche Veränderung eingetreten ist.

Bei gemeinsamen Wandergewerbescheinen genügt die Photographie des Unternehmers, wenn ein Unternehmer nicht vorhanden ist, die eines Mitgliebes.

Auf der Rückseite der Photographie ist die Persönlichkeit des Antragstellers sofort genau zu vermerken, damit Verwechslungen vermieden werden.

Gleichzeitig machen wir Sie nochmals besonders auf die Vorschriften der §§ 82 ff. der Ausführungsverordnung zur Gewerbeordnung vom 20. März 1912 (Regierungsblatt Seite 48 ff.) aufmerksam. Anträge auf Erteilung von Wandergewerbescheinen sind nach Regierungsblatt 1912 Seite 131 zu behandeln und die Verhältnisse, insbesondere die gestellten Fragen wegen etwaiger Verstärkungen des Antragstellers und der Begleiter gewissenhaft und erschöpfend zu beantworten. Die Personalbeschreibung ist, wo dies ohne besondere Weitläufigkeiten ausführbar ist, stets durch persönliche Vernehmung festzustellen.

Dat der Antragsteller erst im laufenden Jahre seinen Wohnsitz in Ihrer Gemeinde gewonnen, so ist, sofern nach Lage der Sache die Möglichkeit mitbräuchlicher Verwendung des Wandergewerbescheines nicht ausgeschlossen erscheint, durch Nachfrage bei der Polizeibehörde des früheren Wohnorts festzustellen, ob dem Antragsteller bereits ein Wandergewerbeschein erteilt war.

Bei allen Anträgen auf Erteilung von Wandergewerbescheinen zum Kessel- und Schmelzfeuern, zum Viehhandel und zu Gewerbebetrieben, die unter § 55 Ziffer 4 der Gewerbeordnung fallen (Kunsttischerei, Kinematographen, Theater, Russkaffeehäuser u. dgl.), sowie bei allen Anträgen inländischer Bürger hat die Prüfung jedoch stets nach Maßgabe des oben erwähnten Modells zu erfolgen.

Wegen der vorher zu regelnden Krankenversiche-

rung der im Wandergewerbe beschäftigten Personen machen wir Sie auf nachstehende Bekanntmachung aufmerksam.

Die Formulare zur Berichtserstattung sind bei W. Mee, E. Waller in Gießen, sowie Landkreisleiter Robert in Grünberg erhältlich.

Zum Schlusse weisen wir wiederholt darauf hin, daß die ausgefertigten Wandergewerbescheine nunmehr von uns an die Finanzämter abgegeben und von diesen nach Verwendung des Urkundenstempels und nach Regelung der Wandergewerbesteuerfrage an die Gewerbetreibenden ausgehändigt werden. Letztere sind bei Entgegennahme der Anträge hierauf besonders aufmerksam zu machen und zu bedeuten, daß ihnen durch das für ihren Wohn- und Aufenthaltsort zuständige Finanzamt besondere Nachricht zur Abholung des ausgefertigten Wandergewerbescheines zugehen wird. An uns ist deshalb auch die Stempelabgabe für Wandergewerbescheine nach Tarif-Nr. 90 des Urkundenstempelgesetzes nicht mehr einzufenden. (Vergleiche Ausschreiben vom 3. Mai 1912 — Kreisblatt Nr. 36.)

Gießen, den 18. November 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
A. B.: Demmerde.

Betr.: Die Krankenversicherung der im Wandergewerbe beschäftigten Personen.

An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises und das Großh. Polizeiamt Gießen.

Einsprechend § 236 der Reichsversicherungsordnung sind die im Wandergewerbe Beschäftigten krankenversicherungspflichtig. Der § 459 Absatz 1 R.V.O. und § 16 der Bekanntmachung vom 22. September 1913 — Regierungsblatt Nr. 22 —, betreffend die Ausführung der Reichsversicherungsordnung, bestimmen, daß jeder Wandergewerbetreibende vor Stellung des Antrags auf Erteilung eines Wandergewerbescheines die in seinem Wandergewerbebetriebe Beschäftigten, soweit er sie von Ort zu Ort mitführen will, ihrer Zahl nach bei der zuständigen Landrentenkasse anzumelden hat.

Demzufolge werden alle Wandergewerbetreibende in den Landgemeinden des Kreises Gießen hiermit aufgefordert, die in ihren Betrieben Beschäftigten und soweit sie von ihnen von Ort zu Ort mitgeführt werden sollen, bei der Landrentenkasse des Landkreises Gießen vor Beantragung des Wandergewerbescheines als Mitglieder anzumelden.

Die Landrentenkasse des Landkreises Gießen hat ihren Sitz in Gießen. Die Geschäftsräume befinden sich Kaiser-Mlee Nr. 3, eine Treppe hoch.

Bei der Anmeldung hat der Arbeitgeber nach Bestimmung des Kassenvorstandes die Beiträge für die Zeit bis zum Ablauf des Wandergewerbescheines im voraus zu entrichten. Ueber die empfangenen oder gestundeten Beiträge stellt die Krankenkasse unter Angabe des Grundlohns und des Wochenbeitrags eine Bescheinigung aus.

Beschäftigte, für die der Arbeitgeber über die angemeldete Zahl hinaus die Erlaubnis nach § 62 der Gewerbeordnung erst nach Empfang des Wandergewerbescheines nachsucht, hat er durch Vermittlung der für diese Erlaubnis zuständigen Behörde (Kreisamt) anzumelden.

In diesem Falle werden die Beiträge an das Kreisamt gezahlt und von dort der Landrentenkasse übermittelt.

Wird der Schein oder die Erlaubnis zurückgenommen oder der Betrieb sonst eingestellt, so erhaltet der Kassenvorstand auf Antrag die zuviel gezahlten Beiträge zurück, ebenso für volle Kalenderwochen, in denen nachweislich der Arbeitgeber die Personen nicht mit sich geführt hat.

Bei Beantragung eines Wandergewerbescheines ist der Großherzoglichen Bürgermeisterei die Bescheinigung der Krankenkasse über die empfangenen oder gestundeten Beiträge zur Vorlage an das Großherzogliche Kreisamt zu übergeben. Gehten um Erteilung von Wandergewerbescheinen, die ohne Bescheinigung der Landrentenkasse eingehen, wird nicht stattgegeben, da gemäß § 461 R.V.O. die Erteilung des Wandergewerbescheines von Vorlage der genannten Bescheinigung abhängig ist.

Die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden haben vorstehendes ortsblich bekannt zu machen.

Gießen, den 18. November 1916.

Großherzogliches Kreisamt (Versicherungsamt) Gießen.
A. B.: Demmerde.

Dienstmachtungen des Großh. Kreisamts Gießen.

Die der Preisausschreibung und Sachaufseherverwaltung Ihrer Kaiserlichen und Königl. Hoheit der Frau Kronprinzessin des Deutschen Reiches und von Preußen, Potsdam, auf Grund der Bundesratsverordnung vom 22. Juli 1915 zu Kriegswohlfahrtszwecken erteilte Erlaubnis zum Vertrieb von Kriegshilfsbroschüren (Bekanntmachung am 18. September 1916) wurde bis 31. Dezember 1916 unter der Bedingung verlängert, daß die Broschüren nur in Papier- und Buchhandlungen abgesetzt werden dürfen.